Deputation für Bildung
Sitzungsprotokoll der 24. Sitzung (städtisch)

18. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2011 - 2015

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
23. Mai 2014	**17:15 Uhr**	**18:15 Uhr**	**Sitzungssaal 120 Rembertiring 8-12**

Teilnehmer/innen:

siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2	Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 06.03.2014	
TOP 3	Einschulung und Anwahlverfahren zum Schuljahr 2014/15	G118/18
TOP 4	Schließung eines Förderzentrums Hier: Schule am Ellenerbrokweg, Förderzentrum für die Bereiche Lernen, Sprache und Verhalten	G119/18
TOP 5	Hort-Betreuung am Standort Philipp-Reis-Straße / Carl-Friedrich-Gauß-Straße	G120/18
TOP 6	Sozialarbeit an Schulen	L110-G121/18
TOP 7	Entwicklung des Schulstandortes Dudweiler Straße Hier: Verlagerung von drei Klassen der Allgemeinen Berufsschule und Ansiedlung der Werkstufe des SZ Sek. II Walliser Straße	G122/18
TOP 8	Neubau der Oberschule Ohlenhof Hier: Erstellung einer Entscheidungsunterlage Bau (ES-Bau) für das Hauptgebäude und die Turnhalle	G123/18
TOP 9	Notwendige Baumaßnahme zum Schuljahresbeginn 2014/2015 Hier: Umbau für die Werkstufe am SZ Sek. II Neustadt	G124/18
TOP 10	Herrichtung des Schulgebäudes Theodor-Billroth-Straße für die Nutzung durch die Dependancen Sebaldsbrücker Heerstraße und Valckenburghstraße der Allgemeinen Berufsschule (ABS)	G125/18
TOP 11	Bericht zur Arbeit an einer Richtlinie für die Ressourcenzuweisung für die Unterrichtsversorgung an den öffentlichen Schulen in der Stadtgemeinde Bremen für das Schuljahr 2015/16 (kommunale Zuweisungsrichtlinie)	G126/18
TOP 12	Verschiedenes	

Top 1 Genehmigung der Tagesordnung

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt eröffnet die Sitzung.

Herr Güngör bittet um Aussetzung des Tagesordnungspunktes 11 zur kommunalen Zuweisungsrichtlinie. Herr Dr. vom Bruch kritisiert die Verzögerungen bei der Erarbeitung der Richtlinie und hält die Vorlage eines Berichtes nicht für ausreichend. Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt erklärt, es seien noch weitere Abstimmungen erforderlich, so dass ein Inkrafttreten zum Schuljahr 2015/2016 erreicht werde.

Die Deputation für Bildung genehmigt die Tagesordnung nach Maßgabe dieser Änderung.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 06.03.2014

Die Deputation für Bildung genehmigt das Sitzungsprotokoll vom 06.03.2014 einstimmig.

TOP 3 Einschulung und Anwahlverfahren zum Schuljahr 2014/15 G118/18

Herr Güngör bittet um ergänzende Berichterstattung der Zahlen der Erstanwahlen zu den gymnasialen Oberstufen und regt an, den Bereich Oberstufen separat in der Juni-Deputation zu diskutieren. Damit erklärt sich die Deputation einverstanden. Herr Fecker fragt, ob es zu den im Bericht erwähnten Widersprüchen in der Zwischenzeit einen aktuelleren Sachstand gebe. Er bittet ferner um einen Bericht, welche möglichen Unterstützungsmaßnahmen es gebe, um schlecht angewählten Schulen zu stützen und welche Wirkung diese in der Vergangenheit gezeigt haben. Herr Güngör unterstützt diese Bitte und führt aus, es solle sich dabei um einen Erfahrungsbericht zu Anwahlzahlen und Ausstattung sowie zu erfolgten und geplanten Maßnahmen handeln. Er schlägt vor, dies exemplarisch für drei wiederholt schlecht angewählte Schulen darzustellen.

Er bittet ferner um Erläuterung, warum an den Grundschulen Paul-Singer-Straße und Brinkmannstraße trotz vieler Anmeldungen nur verhältnismäßig wenig Aufnahmen erfolgt seien, anstatt zusätzliche Klassenzüge einzurichten. Des Weiteren bittet er um eine Begründung für die Verlagerung einer zusätzlichen W+E-Klasse an die Oberschule an der Julius-Brecht-Allee. Frau Vogt erklärt, ihrer Auffassung nach stünden im Bremer Westen insgesamt zu wenig Plätze für die Schülerinnen und Schüler zur Verfügung. Unter Bezugnahme auf die Ausführungen in der Vorlage, wonach von insgesamt 17 Widersprüchen bei Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf 12 durch die Aufnahme an einer Wunschschule abgeholfen wurde, bittet sie um Auskunft, ob sich hierdurch die Klassenkapazitäten geändert haben. Frau Schmidtke berichtet, die diesjährige Beschränkung auf die Einzügigkeit habe an der Grundschule Hammersbeck zu Ängsten bezüglich des Fortbestehens der Schule geführt. Sie bittet, diese durch eine Erklärung zu entkräften. Zudem bittet sie um Auskunft zu den im Stadtteil diskutierten Planungen einer Reduzierung der Oberschule an

der Lehmhorster Straße auf eine Dreizügigkeit. Herr Dr. vom Bruch weist auf die nachteiligen Folgen für die jeweiligen Schulen hin, wenn in einer Deputationssitzung öffentlich über einzelne, schlecht angewählte Schulen gesprochen würde und regt an, dies stattdessen in einer internen Erörterung mit den Sprecher/-innen zu tun.

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt hält es für sinnvoll, in der Deputation in öffentlicher Debatte über die möglichen Maßnahmen und die damit gemachten Erfahren zu berichten, hierbei aber keine Bewertung einzelner Schulstandorte vorzunehmen. Dies solle stattdessen in geschlossener Runde mit den Fraktionssprecher/-innen fortgeführt werden, wie es bereits konstruktiv begonnen wurde.

Herr von Lührte führt zu den Ergebnissen im Anwahlverfahren sowie zu den bisherigen Aktivitäten aus, dass diese in ihrer Unterschiedlichkeit auch die unterschiedlichen Sachstände im Umwandlungsprozess der einzelnen Schulen zur Oberschule widerspiegelten. Individuelle Maßnahmen sollten nun auf den Prüfstand gebracht und strukturierte Maßnahmen fortgesetzt werden. Zu den gestellten Fragen führt Frau Perplies aus, aufgrund von Fortzügen und Nachrückern gebe es derzeit noch Veränderungen in den Grundschulen, so dass noch keine abschließend verbindlichen Zahlen vorlägen. Dies gelte auch für die Angaben zum sonderpädagogischen Förderbedarf. Bezüglich der Schule an der Brinkmannstraße habe sich die Reduzierung auch auf Erfahrungswerte und Hinweise der Eltern bezogen. Eine nachträgliche Erweiterung der Kapazität sei nicht erforderlich gewesen, da unter den Anmeldungen auch Anträge von Eltern für die Ganztagsschule Osterhop waren, denen nun nachgekommen werden konnte. Sie erläutert weiter, das Verfahren der Aufnahme in die erste Klasse sei nicht unmittelbar vergleichbar mit dem Übergangsverfahren zu den weiterführenden Schulen. Die Anmeldungen werden nicht in der Behörde sondern in den zuständigen Grundschulen bearbeitet. Mit einer Anmeldung werde dort ggf. der Wunsch nach Einschulung an einer anderen Schule (z. B. einer Ganztagsschule) abgegeben. Dennoch würden diese Anmeldungen zunächst statistisch als Anmeldung an der „Sprengelschule“ gezählt. Der regionale Ausgleich erfolge dann über die Regionalkonferenzen, die von den Grundschulen der Planbezirke gebildet werden.

An der Grundschule Paul-Singer-Straße gebe es räumliche Begrenzungen,. Deshalb haben so viele Schülerinnen und Schüler durch die Regionalkonferenzen verteilt werden müssen. An der Wilhelm-Olbers-Oberschule seien ursprünglich zwei Inklusionsklassen LSV und eine Inklusionsklasse W+E, sowie eine W+E-Klasse in der Oberschule an der Julius-Brecht-Allee geplant gewesen. Jedoch sei ein hoher Anteil an sonderpädagogischem Förderbedarf im Osten (Hemelingen) zu verzeichnen. Deshalb habe im Einvernehmen mit der Schule eine Öffnung von drei LSV-Verbänden und eine Verlagerung der W+E-Klasse an die Oberschule an der Julius-Brecht-Allee erreicht werden können.

Den eingelegten Widersprüchen bei Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf hätten durch geringfügige Tauschaktivitäten mit anderen Kindern abgeholfen werden können, so dass eine Darstellung innerhalb der bestehenden Kapazitäten möglich war. Die Reduzierung der Zügigkeit an der Schule Hammersbeck stelle keine Absichtserklärung für die Zukunft dar, sondern beruhe auf der Zielsetzung, die diesjährigen Einschulungskinder wohnortnah in der Region zu verteilen. Einzügige Systeme seien ausdrücklich nicht dauerhaft gewollt, die Grundschule Hammersbeck solle künftig wieder zweizügig werden und sei in ihrem Bestand nicht gefährdet. Dies werde durch die Vergabe einer halben Stelle für Sozialarbeit an der Schule unterstrichen. Zur Situation an der Lehmhorster Straße führt sie aus, man sei mit der Schule im Gespräch über die Perspektive, den Standort dreizügig mit einer Klasse für die inklusive Beschulung von W+E-Kindern auszubauen. Dies könne die Schule aufwerten, sei jedoch noch nicht zum kommenden Schuljahr geplant.

Auf die Frage von Herrn Güngör, welche Auswirkungen die nachträgliche Verlagerung der W+E-Kinder von der Julius-Brecht-Allee an die Wilhelm-Olbers-Oberschule auf Schulstrecke und Schülerbeförderung habe, führt Frau Perplies aus, die Distanz verringere sich für die meisten Schülerinnen und Schüler, weil deren Ursprungsgrundschule näher an der Wilhelm-Olbers-Oberschule sei. Die ursprüngliche Ansiedlung an der Oberschule an der Julius-Brecht sei durch die Zielsetzung einer gleichmäßigen Verteilung der Inklusionsklassen über das Stadtgebiet zustande gekommen.

Frau Schmidtke sieht in der Verteilung von W+E-Kinder in kleinen Gruppen auf unterschiedliche Standorte eine Abkehr von der Zielsetzung einer Bildung von Peer-Groups. Diese solle weiter verfolgt werden und müsse dem Wunsch nach einer gleichmäßigen Verteilung vorgehen. Frau Perplies bestätigt, dass am bisherigen Verfahren mit Peer-Groups nichts geändert werden solle. W+E-Kinder kämen auch jetzt immer an Standorte, wo bereits W+E-Kinder beschult würden.

Beschluss: (einstimmig)

Die Deputation für Bildung nimmt die Berichte zu den Anwahlen im Übergang von der Grundschule zu den weiterführenden Schulen und zur Einschulung zur Kenntnis.

TOP 4 Schließung eines Förderzentrums

Hier: Schule am Ellenerbrokweg, Förderzentrum für die Bereiche Lernen, Sprache und Verhalten **G119/18**

Beschluss: (einstimmig)

Die Deputation für Bildung (städtisch) nimmt die bevorstehende Schließung der Schule am Ellenerbrokweg, Förderzentrum für die Bereiche Lernen, Sprache und Verhalten, zur Kenntnis.

TOP 5 Hort-Betreuung am Standort Philipp-Reis-Straße / Carl-Friedrich-Gauß-Straße G120/18

Frau Schmidtke berichtet angesichts des Berichts von Klagen, Horte würden zum Auffangbecken für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, da diese von Ganztagsschulen ausgeschlossen würden. Jedoch sei diese Sorge bei diesem Standort nicht angebracht.

Herr Fecker bittet, den Beschluss umzuformulieren, da sich die Kooperationsvereinbarung noch in Arbeit befände und die Deputation dieser nicht vorab zustimmen könne. Dem wird zugestimmt.

Beschluss: (einstimmig)

Die städtische Deputation für Bildung nimmt die Baumaßnahme und die Planungen zum Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen Schule und Hort zur Kenntnis.

TOP 6 Sozialarbeit an Schulen G121/18

Der Tagesordnungspunkt wurde inhaltlich bereits in der staatlichen Deputationssitzung debattiert.

Beschluss der städtischen Deputation: (einstimmig)

1. Die Deputation für Bildung (städtisch) nimmt den Bericht zu I.) zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Bildung beschließt den vorliegenden Bericht zu II.) und dessen Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft).
3. Die Deputation für Bildung empfiehlt, den Antrag der Fraktion DIE LINKE „Schulsozialarbeiter/-innen vollständig übernehmen!“ (Drucksache 18/394S) für erledigt zu erklären.

TOP 7 Entwicklung des Schulstandortes Dudweiler Straße
Hier: Verlagerung von drei Klassen der Allgemeinen Berufsschule und Ansiedlung der Werkstufe des SZ Sek. II Walliser Straße G122/18

Herr Güngör gibt zu bedenken, dass die Unterbringung einer derartigen Vielzahl unterschiedlicher Bildungsgänge am Schulstandort zu Komplikationen führen könne und deshalb durch die Schulleitung gut begleitet und gesteuert werden müsse. Er bittet, in Rücksicht auf die dort

beschulten W+E-Kinder eine schnellstmögliche Fertigstellung der Umbaumaßnahmen sicherzustellen. Außerdem fehle in der Vorlage eine Aussage zur Verlegung der Werkschulklassen aus der Walliser Straße, die ebenfalls Teil der konzeptionellen Ausrichtung der Schule an der Dudweiler Straße sei. Herr Fecker bittet um Streichung der Formulierung „und Umbauten“ im Beschlussvorschlag, da hierzu die Kosten noch nicht vorlägen und schlägt vor, dem Umbauverfahren im Umlaufverfahren zuzustimmen, wenn die Kosten ermittelt worden sind. Herr Rohmeyer bekräftigt diesen Vorschlag und erinnert an die geplante Vorlage einer Schulstandortplanung für den Bremer Osten.

Beschluss: (einstimmig)

Die Deputation (städtisch) stimmt dem Umzug von drei Klassen der Allgemeinen Berufsschule in die Dudweiler Straße und der Herrichtung der Lehrküche in der Schule Theodor-Billroth-Straße zu.

Sie stimmt ebenfalls dem Einzug der Werkstufenschüler/innen des SZ Sek. II Walliser Straße zu und bittet die Verwaltung, die notwendigen Planungen vorzunehmen. Die Kosten sollen der Deputation (städtisch) vorgelegt werden.

TOP 8 Neubau der Oberschule Ohlenhof

Hier: Erstellung einer Entscheidungsunterlage Bau (ES-Bau) für das Hauptgebäude und die Turnhalle **G123/18**

Herr Gürlevik begrüßt die Vorlage und betont, die Schule sei eine Bereicherung für den Stadtteil. Frau Vogt bittet um Auskunft hinsichtlich der Kostenhöhe für die Erstellung der Entscheidungsunterlage Bau. Herr Rohmeyer hält den Neubau der Schule für eine strategisch falsche Entscheidung, insbesondere da die Bau- und Planungskosten in keinem Verhältnis zu der mit geplanter Zweizügigkeit nur geringen Schulgröße stehen. Es sollten im Bremer Westen alternative Lösungen durch Vergrößerung des Raumangebotes an bestehenden Schulen geprüft werden. Deshalb werde seine Fraktion sich bei der Abstimmung enthalten. Herr Bolayela erklärt, seine Fraktion begrüße das Vorhaben. Die Schule werde benötigt und stelle eine Bereicherung für den Stadtteil dar. Die Entscheidung zum Neubau sei im Gröpelinger Beirat auch unter Zustimmung der CDU-Beiratsmitglieder einstimmig begrüßt worden. Er appelliert an die Deputation, die Abstimmung in jedem Fall in jetzt vorzunehmen, um keine weiteren Verzögerungen zu verursachen. Frau Vogt erklärt, sie teile zwar in Ansätzen die von Herrn Rohmeyer geäußerten Bedenken, angesichts der mittlerweile zehn Jahre andauernden Debatte um einen Schulneubau am Standort müsse die Maßnahme jedoch nun auf den Weg gebracht werden, da der Schulraum gebraucht werde. Eine kapazitäre Vergrößerung der Gesamtschule West sei ihrer Meinung nach keine Alternative.

Herr Staatsrat Kück betont die mit dem Neubau verbundene bildungspolitische Schwerpunktsetzung für den Bremer Westen. Die Zukunftsfähigkeit werde durch eine Bedarfsberechnung gestützt. Es sei nun richtig, jetzt an dieser Maßnahme festzuhalten.

Beschluss: 7 Stimmen dafür (SPD, Bündins 90/Die Grünen, DIE LINKE)

2 Enthaltungen (CDU)

Die Deputation für Bildung (städtisch) stimmt der Erstellung einer ES-Bau für das Hauptgebäude (435.000 €) und die Turnhalle (135.000 €), insgesamt 570.000 €, und der aufgezeigten Finanzierung zu und bittet um Vorlage der Gesamtkosten bis zum Januar 2015 zu.

TOP 9 Notwendige Baumaßnahme zum Schuljahresbeginn 2014/2015 Hier: Umbau für die Werkstufe am SZ Sek. II Neustadt G124/18

Beschluss: (einstimmig)

Die Deputation für Bildung stimmt den notwendigen Planungs- und Baumaßnahmen zum Schuljahresbeginn 2014 / 2015 sowie der aufgezeigten Finanzierung zu.

TOP 10: Herrichtung des Schulgebäudes Theodor-Billroth-Straße für die Nutzung durch die Dependancen Sebaldsbrücker Heerstraße und Valckenburghstraße der Allgemeinen Berufsschule (ABS) G125/18

Herr Fecker bittet um Auskunft über die finanziellen Auswirkungen dieser Maßnahme, insbesondere zur Verlässlichkeit des genannten Betrages und ob mit Mehrkosten zu rechnen ist. Frau Lüking führt aus, die Maßnahme sei noch nicht ausgeschrieben, aber es läge eine Kostenberechnung vor. Eine Abweichung von den kalkulierten Beträgen in Höhe von bis zu 10 % sei möglich. Herr Güngör erklärt, er unterstütze den Beschlussvorschlag und bitte diesen um einen Prüfauftrag für einen alternativen Umzug der ABS in das Gebäude des ehemaligen Förderzentrums Bardowickstraße zu ergänzen. Frau Lüking weist darauf hin, dass diese Entscheidung weitere Planungskosten verursachen würde.

Beschluss: (einstimmig)

Die Deputation für Bildung stimmt den erforderlichen Investitionen für die Nutzung des Gebäudes Theodor-Billroth-Straße durch die ABS Sebaldsbrücker Heerstraße zu.

Die Deputation bittet um Prüfung, ob alternativ zum geplanten Umzug in die Theodor-Billroth-Straße auch ein Umzug in das Gebäude des ehemaligen Förderzentrums Bardowickstraße in Frage kommt.

TOP 11: Bericht zur Arbeit an einer Richtlinie für die Ressourcenzuweisung für die Unterrichtsversorgung an den öffentlichen Schulen in der Stadtgemeinde Bremen für das Schuljahr 2015/16 (kommunale Zuweisungsrichtlinie) G126/18

Auf Beschluss der Deputation wird der Tagesordnungspunkt ausgesetzt.

TOP 12 Verschiedenes

- Der schriftliche Bericht zu Provokationen durch religiösen Extremismus an Bremer Schulen wird vorgelegt.
- Der schriftliche Bericht zu Einschulungszahlen an Gröpelinger Schulen im Zeitraum 2014 bis 2019 auf die Frage der Abgeordneten Vogt wird vorgelegt.
- Frau Schmidtke erkundigt sich ob es Planungen am Standort des ehemaligen Förderzentrums Reepschlägerstraße gebe, da dort Baufahrzeuge gesichtet worden seien. Frau Lüking berichtet, dass die benannten Aktivitäten lediglich in Zusammenhang mit dem Abriss des leerstehenden ehemaligen Hausmeisterhauses stehen.
- Frau Dogan bittet, zur nächsten Sitzung eine Vorlage zum geplanten Ausbau weiterer Ganztagsschulen einzubringen. Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt bekräftigt, dies sei ohnehin geplant.
- Herr Güngör bittet um einen Bericht zum Wegfall der Stunden für das Projekt Schulen im Reformprozess an der Grundschule Delfter Straße.
- Herr Rohmeyer bittet um einen Bericht über die Größenordnung der Auswirkung der Rückführung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf aus anderen Bundesländern und therapeutischen Einrichtungen auf die bremischen Schulen.

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt schließt die Sitzung der Deputation um 18:15 Uhr